



Die
Bundesregierung

Treffen der Außenminister von Frankreich, Deutschland und Polen in Paris - Gemeinsame Erklärung

Bulletin 92-95

8. November 1995

Die Außenminister von Frankreich, Deutschland und Polen veröffentlichten anlässlich ihres Treffens in Paris am 26. Oktober 1995 folgende Gemeinsame Erklärung:

1.

Die Außenminister Polens, Deutschlands und Frankreichs sind zur Fortsetzung der 1991 im Rahmen des Weimarer Dreiertreffens eingeleiteten Zusammenarbeit in Paris zusammengekommen.

2.

Bei den Erörterungen kamen folgende Themen zur Sprache: -
Erweiterung der Europäischen Union um die assoziierten Länder Mittel- und Osteuropas - Sicherheit und Stabilität in Europa - Europas Beitrag zur Wiederherstellung des Friedens im ehemaligen Jugoslawien -
Perspektiven der Partnerschaft mit Rußland und der

Ukraine. Wir haben darüber hinaus einige trilaterale Kooperationsvorhaben geprüft.

3.

Frankreich und Deutschland bekräftigen, daß Polen berufen ist, der Europäischen Union anzugehören, sobald es die erforderlichen Voraussetzungen erfüllt. Sie werden Polen bei seinem Beitrittsprozeß weiterhin entschlossen unterstützen. Der Vorsitz zunächst Deutschlands und anschließend Frankreichs verlieh der Annäherung zwischen den assoziierten Ländern Mittel- und Osteuropas und der Europäischen Union einen entscheidenden Impuls. Im Hinblick darauf stellen die Schlußfolgerungen der Europäischen Räte von Essen und Cannes, die Anwesenheit der assoziierten Länder bei diesen Räten sowie die Veröffentlichung des Weißbuchs der Kommission über die Vorbereitung der assoziierten Staaten auf ihre Integration in den Binnenmarkt der Union bedeutende Meilensteine dar. Frankreich und Deutschland weisen darauf hin, daß auch die Intensivierung der strukturierten Beziehungen zwischen der Union und den assoziierten Staaten Mittel- und Osteuropas sowie des Dialogs dieser Staaten untereinander dieser Annäherung dient. Sie betonen, wie wichtig das PHARE-Programm und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit für den Annäherungsprozeß sind. Frankreich und Deutschland befürworten eine rasche Aufnahme der Verhandlungen über den Beitritt der assoziierten Staaten Mittel- und Osteuropas, insbesondere Polens, zur Europäischen Union nach der Regierungskonferenz 1996 mit dem Ziel, daß die Hauptentscheidungen den Beitritt betreffend um die Jahrhundertwende festliegen. Darüber hinaus verpflichten sie sich, die assoziierten Staaten über die Diskussionen der Regierungskonferenz 1996 auf dem laufenden zu halten, und sind an der Meinung dieser Länder hierzu interessiert. Deutschland, Frankreich und Polen, die den Mittelmeerraum zu einer Dimension ihrer bilateralen Zusammenarbeit

gemacht haben, betonen, daß die Zusammenarbeit mit dieser Region Bestandteil der Außenpolitik der Europäischen Union sein wird.

4.

Frankreich und Deutschland begrüßen die Entschlossenheit und den Mut, mit denen Polen seine beispielhafte Reformpolitik in allen Bereichen betreibt, um so den Übergang zur Marktwirtschaft zum Abschluß zu bringen. Sie stellen eine ermutigende Verbesserung der wirtschaftlichen Lage in Polen fest.

5.

5.1 Deutschland und Frankreich unterstützen die im Hinblick auf einen späteren Beitritt geäußerte Bitte Polens um eine immer engere Einbindung in die europäischen und transatlantischen Sicherheitsstrukturen.

5.2 Wir begrüßen es, daß durch den Assoziierungsstatus im Rahmen der WEU, der künftigen Verteidigungskomponente der Europäischen Union, ein intensiver Dialog über die Sicherheitsprobleme in Europa ermöglicht wird und in Arbeitsgruppen sowie durch die Festlegung von Modalitäten der Verbindung zur Planungszelle der WEU die Grundlagen einer vielfältigen Zusammenarbeit geschaffen werden können.

5.3 Wir unterstützen und fördern die Intensivierung der trilateralen militärischen Zusammenarbeit. Der deutsche und der französische Minister begrüßen den Wunsch Polens, Beziehungen zum Eurokorps herzustellen.

5.4 Wir unterstützen alle Bemühungen, insbesondere die der OSZE, um die Überwachung der Umsetzung der Initiative "Stabilitätspakt für Europa" und sind der Auffassung, daß dieses Vorhaben zu einer umfassenden Sicherheit auf unserem Kontinent

beitragen kann. Frankreich und Deutschland begrüßen insbesondere die beispielhafte, konstruktive Haltung Polens, das in hohem Maße zum Erfolg des Stabilitätspakts beigetragen hat. Wir hoffen, daß diese erste, im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union ergriffene Initiative durch den Abschluß weiterer Abkommen über gutnachbarschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit ergänzt und für eine effiziente Behandlung regionaler Probleme in anderen Teilen Europas beispielgebend sein wird. Im übrigen begrüßen wir das aktive Engagement der Europäischen Union beim Ausbau der Zusammenarbeit in der Ostseeregion.

5.5 Wir bekräftigen unsere Entschlossenheit, die trilaterale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Rüstungskontrolle fortzusetzen und zu vertiefen, unter anderem auch im Rahmen der informellen Arbeitsgruppe für Fragen der Rüstungskontrolle im Bereich konventioneller Waffen, die auf unserem Bamberger Treffen im September 1994 eingerichtet wurde. Unsere drei Staaten beabsichtigen insbesondere, ihren gemeinsamen Beitrag zur derzeitigen Diskussion über regionale Maßnahmen zur Rüstungskontrolle und zur Stärkung des Vertrauens und der Sicherheit zu leisten.

5.6 Wir bekräftigen die Bedeutung einer internationalen Harmonisierung der Exportkontrolle von Rüstungsgütern und "dual use"-Waren im Sinne einer verantwortlichen Handhabung solcher Exporte, um so Frieden und Stabilität zu fördern. In diesem Sinne wollen wir bei Maßnahmen zur Harmonisierung von Exportkontrollen auch im multilateralen Rahmen eng zusammenarbeiten.

5.7 Wir sind entschlossen, im Rahmen der OSZE, dem dafür angemessenen Forum, einen eingehenden Dialog

und eine erweiterte Zusammenarbeit mit dem Ziel zu fördern, die Sicherheit aller ihrer Teilnehmerstaaten zu stärken. Die von den Staats- und Regierungschefs beim Budapester Gipfel (Dezember 1994) in Gang gebrachten Überlegungen zum Sicherheitsmodell müssen auf ein umfassendes Sicherheitskonzept abzielen, das alle für die Stabilität in Europa möglicherweise relevanten Aspekte, einschließlich der Wahrung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten sowie der wirtschaftlichen Dimension der Sicherheit, berücksichtigt. Diese Arbeit ist wichtig, damit laufende Entwicklungen nicht zu Unstimmigkeiten oder Brüchen führen. Auch können dadurch alle Länder der OSZE, darunter Rußland, gleichberechtigt in Gesamtüberlegungen zu den Stabilitätsbedingungen im Rahmen der europäischen Sicherheitsarchitektur einbezogen werden. Wir werden unsere Kräfte bündeln, um die OSZE zu einem wirksameren Instrument der präventiven Diplomatie, des Krisenmanagements und der friedlichen Konfliktbeilegung zu machen.

5.8 Das Atlantische Bündnis ist das Herzstück der transatlantischen Beziehungen und verkörpert das ständige Bindeglied zwischen Nordamerika und Europa. Es ist ein wesentlicher Bestandteil der europäischen Sicherheitsarchitektur. In der auf dem Brüsseler Gipfel am 11. Januar 1994 angenommenen Erklärung der Staats- und Regierungschefs des Atlantischen Bündnisses wird bekräftigt, daß das Bündnis für eine Mitgliedschaft anderer europäischer Länder offenbleibt. Wir begrüßen die Aufnahme dauerhafter politischer und militärischer Kooperationsbeziehungen im Rahmen des Nordatlantischen Kooperationsrats und der Partnerschaft für den Frieden sowohl zwischen den einzelnen Partnern und der NATO als auch zwischen den Partnern selbst. Frankreich und Deutschland erwarten und würden es begrüßen, wenn eine NATO-Erweiterung die demokratischen Staaten im Osten von uns erfassen würde, als Teil eines evolutionären Prozesses unter Berücksichtigung politischer

und sicherheitspolitischer Entwicklungen in ganz Europa.

6.

Frankreich und Deutschland begrüßen es, daß Polen bei seiner Politik und seinem Handeln im ehemaligen Jugoslawien uneingeschränkte europäische Solidarität übt und eine enge Abstimmung praktiziert. Frankreich und Deutschland erkennen ferner den bedeutenden Beitrag Polens zur UNPROFOR an. Frankreich, Deutschland und Polen betonen, daß die im Hinblick auf den Friedensprozeß im ehemaligen Jugoslawien erzielten Fortschritte durch eine tatkräftige Hilfsaktion für den Wiederaufbau, deren Leitlinien in der deutsch-französischen Initiative vom 28. September vorgegeben werden, gefestigt werden müssen. Besonders wichtig ist es nun, parallel auch zu Ostslawonien rasche politische Fortschritte zu erzielen und die von der EU geforderte gegenseitige Anerkennung der Staaten im früheren Jugoslawien in ihren international anerkannten Grenzen zu erreichen. Wir halten es für unabdingbar, daß in dem Friedensplan grundsätzlich das Recht der Flüchtlinge beziehungsweise Vertriebenen auf Rückkehr in ihre Heimat anerkannt und die Sicherheit dieser Menschen von den betreffenden Staaten, ihren etwaigen konstitutiven Einheiten und den autonomen oder dezentralisierten Gebietskörperschaften garantiert werden. Diese Aktion muß die Aussöhnung zwischen den Bevölkerungsgruppen fördern und allen aus dem ehemaligen Jugoslawien hervorgegangenen Staaten Perspektiven für eine Annäherung an Europa bieten.

7.

Schließlich erörterten wir konkrete Kooperationsvorhaben zu dritt, insbesondere - die Fortsetzung der trilateralen Außenministertgespräche und ihre Vorbereitung durch die hohen Beamten, - die Abhaltung regelmäßiger Konsultationen zwischen den Außenministerien, - Bemühungen der drei Regierungen um die

Förderung der Zusammenarbeit zwischen den betreffenden Ministerien und Stellen, um den Prozeß der Heranführung Polens an die Europäische Union zu erleichtern, - die Ausbildung polnischer Beamter im Bereich Europaangelegenheiten in Frankreich und in Deutschland, - die Weiterentwicklung der interparlamentarischen Kontakte, - die Fortsetzung der trilateralen militärischen Zusammenarbeit, unter anderem durch eine gemeinsame Übung, die im Dezember 1995 in Deutschland stattfinden soll, - die Fortsetzung der durch die gemeinsame Mentre-Kittel-Mission initiierten trilateralen industriellen Zusammenarbeit im Bereich der technischen Hilfe. - eine enge Zusammenarbeit des Deutsch-Französischen Jugendwerks mit dem Deutsch-Polnischen Jugendwerk mit dem Ziel trilateraler Jugendtreffen. - Wir haben bekräftigt, daß der gemeinsame Sitz unserer drei Kulturinstitute in Warschau so rasch wie möglich errichtet werden muß. Zu diesem Zweck werden bevollmächtigte Vertreter benannt, die alle für die Durchführung dieses Vorhabens notwendigen Aktivitäten zu koordinieren haben werden. - Wir fordern die deutschen, französischen und polnischen Regionen, Städte, Universitäten, Schulen und Kultureinrichtungen auf, ihre Zusammenarbeit in einem europäischen Geist fortzusetzen und auszubauen.

8.

Auf Initiative des polnischen Außenministers Bartoszewski wird unser nächstes Treffen 1996 in Polen stattfinden.

Quelle / Source / Źródło: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/bulletin/treffen-der-aussenminister-von-frankreich-deutschland-und-polen-in-paris-gemeinsame-erklaerung-801714>
(Accessed 07 April 2022)